

Einleitung

Iken Paap/Friedhelm Schmidt-Welle

Peru ist, von seinen geographischen Gegebenheiten her, ein dreigeteiltes Land. Historisch, ökonomisch, politisch und soziokulturell ist es mindestens zweigeteilt. Diesen Dualismus hatte José Carlos Mariátegui bereits 1928 in seinen *Sieben Versuchen, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen* konstatiert, und er ist bis heute ein wichtiger Faktor zum Verständnis der Geschichte des Landes geblieben, auch wenn insbesondere die zunehmende Marktintegration der andinen Bevölkerung, die Ausbeutung der Bodenschätze und die massive Migration aus dem Hochland sowie dem Amazonastiefland in die Großstädte an der Küste in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen haben, dass sich die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grenzziehungen nicht mehr so eindeutig wie ehemals gestalten.

Das vorliegende Buch will eine Einführung in unterschiedliche Aspekte peruanischer Realitäten geben, wobei wir uns im Wesentlichen auf den Zeitraum seit 1990, also das Datum des Amtsantritts Alberto Fujimoris als Staatspräsident, beschränken. Passagen zu früheren Jahrzehnten werden nur insoweit eingeflochten, als sie für das Verständnis zeitgenössischer Entwicklungen notwendig sind. Der Band erscheint in der seit 1992 in loser Folge publizierten Reihe von Länderprofilen, die das Ibero-Amerikanische Institut in Zusammenarbeit mit dem Vervuert Verlag herausgibt und die sich an Wissenschaftler, Journalisten, Pädagogen, Politiker, Kulturmanager und ein allgemein am jeweiligen Land interessiertes Publikum wendet. Er umfasst ein breites Spektrum von Artikeln zu geographischen, wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Aspekten im gegenwärtigen Peru.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass Peru in den letzten Jahren trotz der weltweiten Finanzkrise eine positive wirtschaftliche Entwicklung erfahren hat, die mit der steigenden Nachfrage nach Rohstoffen und Lebensmitteln zusammenhängt, für die Peru ein bedeutender Exporteur ist. Die daraus resultierenden Gewinne sind (im Unterschied zu früher) zum Teil auch der Bevölkerung zugutegekommen, was sich in einem steigenden Lebensstandard insbesondere städtischer Mittelschichten widerspiegelt. Damit ist

aber auch eine Reihe von ökologischen und sozialen Problemen verbunden. Verschiedene Vulnerabilitätsstudien zeigen, dass infolge des Klimawandels ein beschleunigter Rückgang der Andengletscher zu erwarten ist – und das bei einer Abhängigkeit von 60 % der Bevölkerung vom Gletscherwasser sowie einer wasserintensiven Agrarwirtschaft. Soziale Auseinandersetzungen gibt es vor allem im Bereich der Ausbeutung von Bodenschätzen, die ebenfalls mit großen Umweltproblemen verbunden ist. Seit Juli 2006 bis Juli 2009 lässt sich (trotz eines in Kraft getretenen Konsultationsgesetzes) ein steiler Anstieg der Konflikte von 82 auf 272 feststellen; seitdem werden monatlich regelmäßig über 200 Auseinandersetzungen beobachtet.

Wie lange der wirtschaftliche Boom angesichts der fortbestehenden Grundstruktur, nämlich einer Zweiteilung in exportorientierte und Subsistenzwirtschaft (besonders ausgeprägt in der Landwirtschaft), anhalten wird, ist allerdings schwer abzusehen. Betrachtet man die Anzeichen dafür, dass der Zyklus des Exportaufschwungs sich dem Ende zuneigt, so muss man sich fragen, wie die Möglichkeiten der Inangriffnahme von Reformen einzuschätzen sind, welche die Motoren des Wachstums diversifizieren und es gerechter verteilen würden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie die Wirtschaft unabhängiger vom Weltmarkt für Rohstoffe und engagierter auf dem Binnenmarkt gemacht werden könnte, wofür sie eine bessere Verteilung des Reichtums garantieren müsste.

Bereits seit der Unabhängigkeit ist Peru durch einen beständigen Kampf zwischen wirtschaftlichem und politischem Liberalismus geprägt, der auch für die Gegenwart des Landes kennzeichnend ist. Neoliberale Maßnahmen wie die Privatisierung von Staatseigentum bilden wie in anderen lateinamerikanischen Ländern die Maxime politischen Handelns. Präsident Alan García hinterlässt seinem Nachfolger Alberto Fujimori 1990 ein Land, das von Korruption, Verschuldung, Hyperinflation, Terror (seitens der Guerilla und des Staates), Mafia und Drogenkrieg völlig zerrüttet ist. Fujimori errichtet daraufhin bis 2000 eine autokratische Regierung, die zunächst gegen das politische Establishment gerichtet ist und eine teilweise wirtschaftliche Erholung verzeichnet. Doch abgesehen von den Erfolgen in der Bekämpfung der terroristischen Guerilla Leuchtender Pfad ändert die Regierung Fujimori wenig an den politischen Strukturen, sie höhlt sie vielmehr aus. Fujimori hinterlässt einen Staat mit inexisterter Gewaltenteilung und einer dünnen rechtsstaatlichen Grundlage, ein Parlament mit geringem Einfluss, ein fragiles Parteiensystem, systematische Korruption auf allen Ebenen, Armee- und Polizeieinheiten, die sich

gravierende Menschenrechtsverbrechen zuschulden kommen ließen, eine Verwaltung, in der Technokraten eine bedeutende Rolle spielen, eine geschwächte Zivilgesellschaft, eine oligarchisch strukturierte Medienlandschaft, ungelöste ethnische Fragen, eine Wirtschaft, in welcher der Staat seine Rolle als wichtiger Akteur an private Unternehmen abgegeben hat sowie deregulierte Finanz- und Arbeitsmärkte.

Auch die auf Fujimori folgenden Präsidenten Alejandro Toledo, Alan García und Ollanta Humala bekommen die sozialen und politischen Konflikte nicht in den Griff, da sie in erster Linie darum bemüht sind, wirtschaftliches Wachstum zu generieren trotz ideologischer Differenzen ist die Kontinuität ihres politischen Handelns erstaunlich groß. Die Probleme des schwachen Staates und das Fehlen eines stabilen institutionellen Rahmens bleiben; insgesamt kann man auch diesbezüglich mehr Kontinuitäten als Brüche feststellen. Allerdings wird eine Demokratisierung erreicht, deren Grundlage eine neue Verfassung bildet, welche die Gewaltenteilung und freie Wahlen gewährleistet, auch wenn eine deutliche Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit bestehen bleibt. Die Außen- und insbesondere die Außenwirtschaftspolitik sind ebenfalls von Kontinuität gekennzeichnet. Präsident Humala hat zwar vollmundig eine stärkere Hinwendung zu den lateinamerikanischen Nachbarn angekündigt, die Realpolitik spricht aber eine andere Sprache.

Die peruanische Nation wird seit 1993 als pluriethnisch und multikulturell definiert. Der Staat ist verpflichtet, die Diversität und die kulturelle Identität seiner Bürger anzuerkennen und zu schützen. Als offizielle Sprachen werden neben dem Spanischen die Sprachen der Indigenen in den Gebieten anerkannt, in denen sie vorherrschen. Das heutige sprachliche Panorama Perus weist zwar mit über 50 Sprachen eine große Vielfalt auf. Dass heute dennoch mehr als 80% der peruanischen Bevölkerung Spanisch als Erstsprache haben, ist das Resultat eines langen Sprachverdrängungsprozesses. Wenn dieser auch nicht gestoppt ist, so haben dennoch das Umschwenken zu einem pluralistischeren sprachpolitischen Kurs und das erstarkte Selbstbewusstsein der Indigenen wahrnehmbare positive Veränderungen in Gang gebracht.

Wurden in vorangegangenen Verfassungen Indigene entweder ignoriert oder politisch und kulturell marginalisiert, so besteht jetzt zumindest auf dem Papier für sie die Möglichkeit einer besseren Vertretung ihrer Interessen, auch wenn die Präsenz Indigener in Legislative, Parlament sowie Exekutive noch immer gering ausfällt. Das Konsultationsgesetz hat Hoff-

nungen auf eine interkulturelle Reform staatlicher Entscheidungsprozesse geweckt, in denen die Indigenen nicht nur gehört werden, sondern auch über ihre Prioritäten und Entwicklungsziele mitentscheiden können.

Die nunmehr verstärkt entstehenden "neuen" Interessenvertretungen und sozialen Bewegungen kämpfen für die Rechte der Kleinbauern und Indigenen, für die Anerkennung ihrer kulturellen Identität, für politische Partizipation, die Rechte der Frauen, den Umweltschutz und die wirtschaftliche Entwicklung der *comunidades*. Außerdem setzen sie sich für die Verwirklichung des *Buen Vivir* ein. Die Frauenbewegung setzt in Peru vergleichsweise spät ein, sie etabliert sich seit den 1970er Jahren. Auch wenn die Kluft zwischen den Geschlechtern im Laufe der letzten drei Jahrzehnte erheblich kleiner wurde, bleibt die Ungleichheit zulasten der Frauen, insbesondere auf den Gebieten Bildung und Arbeit, aber auch im Bereich sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung. Was das Verhältnis von Kirche und Staat betrifft, so ist nicht nur die Abnahme des Einflusses der katholischen Kirche zu beobachten, sondern auch diejenige anderer Kirchen.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Guerillagruppen (vor allem des Leuchtenden Pfades) und staatlichen Organen in den 1980er sowie 1990er Jahren sind – trotz Wahrheitskommission – noch unzureichend aufgearbeitet. Sie haben nicht nur unmittelbare politische Konsequenzen; sie hinterlassen vielmehr auch soziale und kulturelle Gräben, die bis heute nicht vollständig geschlossen sind und in verschiedenen Künsten und Medien weiterhin kontrovers behandelt werden. Die Geschichte des Leuchtenden Pfades ist auch heute, mehr als 30 Jahre nach Ausrufung des bewaffneten Kampfes, noch nicht abgeschlossen. Wie zerrissen das Land im Grunde ist, zeigen auch die Konflikte im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen und die erste Runde derselben Anfang April 2016, in der die Tochter des Expräsidenten Fujimori die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Sie scheiterte erst im zweiten Wahlgang an ihrem Konkurrenten Pedro Pablo Kuczynski.

Was für die Politik gilt, nämlich schwache institutionelle Strukturen, trifft auch für das Kulturleben zu. In Peru waren die Bemühungen um die Konsolidierung eines breiten einheimischen Buchmarkts stets mit Schwierigkeiten verbunden. Just in der schweren Wirtschaftskrise ab Mitte der 1980er Jahre verzeichnete das Verlagswesen jedoch einen Anstieg der Absatzzahlen und bereitete den sogenannten *petit-boom* der peruanischen Literatur in den 1990er Jahren vor. Die literarische Produktion seit 1990

registriert seismographisch die einander abwechselnden, sich scheinbar gegenseitig bedingenden Krisen, spiegelt ihre Auswirkungen und bemüht sich um Impulse zur Bestimmung ihrer Ursachen. Hauptthemen sind urbane Konflikte, andine Welten sowie Literatur und Gewalt. Allgemein kann man festhalten, dass die thematische Vielfalt deutlich zunimmt. Das gilt ebenso für die peruanische Musik, die städtische Musik und Folklore mit internationalen Tendenzen vermischt und sich an der Produktion modernen Pops mit dem Anspruch versucht, darin gleichzeitig die eigenen Traditionen zu bewahren.

In der Filmproduktion hat es in den letzten Jahren Ausnahmeerfolge gegeben, die aber wenig zur Überwindung der grundsätzlich schwierigen Situation der peruanischen Filmindustrie beitragen. Dafür wäre mehr nötig als einzelne internationale Koproduktionen oder ästhetisch herausragende Filme, die auf internationalen Festivals reüssieren. Was dem peruanischen Kino (wie auch dem Buchmarkt) fehlt, ist in erster Linie eine Verstärkung der Infrastruktur sowie eine Verstetigung der Förderungspolitik.

Die Erforschung der andinen Vorgeschichte des Landes nimmt in der Geschichte des nationalen Selbstbildes Perus eine Schlüsselrolle ein, denn das materielle Kulturerbe spielt für diverse Interessensgruppen auf unterschiedlichen Ebenen eine Rolle bezüglich der Konstruktion von Authentizität und Legitimität. Das anhaltende Wachstum und die staatliche Förderung der Tourismusindustrie werden hier mit politischen Interessen sowie identitärem Selbstverständnis oft auf widerspruchsvolle Weise miteinander verbunden.

Peru steht angesichts seiner wechselvollen Geschichte derzeit vor großen Herausforderungen. Das betrifft sowohl politische Strukturen und Prozesse (Demokratisierung, Gewaltenteilung) und die Entwicklung institutioneller Kontinuität und Stabilität als auch die wirtschaftlichen Perspektiven (Exportabhängigkeit, Dualwirtschaft) sowie die notwendige Lösung schwerwiegender ökologischer Probleme und den Abbau sozialer und ökonomischer Ungleichheiten sowie die Armutsbekämpfung. Auch im kulturellen Bereich hängt die Produktion von Literatur, Musik und Film von einer stärkeren Förderung und dem Aufbau institutioneller Strukturen ab, welche die existierende kulturelle Vielfalt zum Tragen bringen. Die nächsten Jahre dürften zeigen, wie das Land mit diesen Herausforderungen umgehen wird.